

Rother Baron: Kolonialismus heute

Zur Kontinuität kolonialer Strukturen



I. Mythen des Kolonialismus	1
1. Der Entdeckungsmythos	1
2. Der Befreiungsmythos	2
3. Der Unabhängigkeitsmythos	2
4. Die Kontinuität wirtschaftlicher Ausbeutung	2
II. Kontinuität und Diskontinuität in den kolonialen Strukturen.....	4
III. Formen des Neokolonialismus	5
1. Landgrabbing	5
2. Sonderwirtschaftszonen	6
3. Freihandel	6
4. Entwicklungshilfe	7
5. Globalisierung	9
IV. Was tun?	10

I. Mythen des Kolonialismus

Wenn in Geschichtsbüchern von "Kolonialismus" die Rede ist, so folgt die Darstellung in der Regel dem Gedanken eines Dreischritts: Nach der Erschließung zuvor unzugänglicher Gebiete in Afrika und Asien sowie der Entdeckung bestimmter Überseegebiete durch wagemutige Seefahrer wurden dort Kolonien errichtet, die dann am Ende wieder in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Diese Darstellung ist in mehrerlei Hinsicht fehlerhaft bzw. weckt falsche Vorstellungen:

1. Der Entdeckungsmythos

Das Entdeckungskonzept unterschlägt, dass in den betreffenden Gebieten bereits Menschen gelebt haben, die über eine eigene Geschichte und Kultur verfügten. Die indigenen Völker werden negiert zugunsten einer fiktiven "Stunde Null", eines Eintritts der von Europa aus betrachtet "Neuen Welt" in die Geschichte vom Augenblick der Entdeckung der fremden Kontinente an.

2. Der Befreiungsmythos

Diese Problematik macht auch die Formulierung einer "Entlassung" der Kolonien in die Unabhängigkeit unbrauchbar. Denn die Kolonien haben ja die Strukturen, die ursprünglich vor Ort bestanden, nachhaltig verändert. Dies betrifft sowohl die kulturellen Gegebenheiten, die durch die Dominanz der europäischen Kultur in den Hintergrund gedrängt worden sind, als auch die Grenzen, die die Kolonien den Überseegebieten aufgezwungen haben. Diese nämlich orientierten sich nicht an den Lebensräumen der einheimischen Bevölkerung, sondern an den Bedürfnissen, den Kriegen und der Eroberungsgeschichte der Invasoren. Nicht zuletzt hatte sich beim Abzug der Kolonialmächte die ursprüngliche Bevölkerungsstruktur nachhaltig verändert und wurde von einer europäisch sozialisierten Elite dominiert.

3. Der Unabhängigkeitsmythos

Hierdurch war die Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien nur eine relative. Sie betraf nicht die Völker, die vor der Usurpation der Macht durch die Europäer in den betreffenden Gebieten gelebt hatten, sondern diejenigen, die durch die neuen Herren zu Macht und Einfluss gelangt waren. Dabei handelte es sich um eine ethnisch und/oder kulturell weitgehend assimilierte Personengruppe, die die Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung im Interesse des eigenen Machterhalts fortsetzte. Vor diesem Hintergrund hat der norwegische Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung seine "Brückenkopf-Theorie" entwickelt, der zufolge die Kolonialmächte ihre Macht im Grunde gar nicht abgegeben, sondern nach der Unabhängigkeit der Kolonien nur indirekter ausgeübt haben – nämlich über den schon zuvor installierten "Brückenkopf" einer in ihrem Interesse agierenden einheimischen Elite.¹

4. Die Kontinuität wirtschaftlicher Ausbeutung

Die politische Unabhängigkeit der einstigen Kolonien ging zudem nicht mit einer entsprechenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit einher. Vielmehr blieben diese in vielfacher Weise mit den Ökonomien der Kolonialmächte verflochten. Auch die Ausbeutung der Bodenschätze und der für den europäischen Markt wichtigen landwirtschaftlichen Ressourcen lag danach weiterhin zum größten Teil in der Hand der ehemaligen Herren.

Besonders deutlich ist die Kontinuität der Abhängigkeitsstrukturen im Falle der Beziehungen Frankreichs zu seinen einstigen afrikanischen Kolonien. Das Land hat den früheren Kolonien im Gegenzug für die Entlassung in die formelle Un-

¹ Vgl. Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975: Rowohlt.

abhängigkeit nicht nur Handelsverträge aufgezwungen, die französischen Konzernen bis heute die Ausbeutung der Rohstoffe zu weit unter den Weltmarktpreisen liegenden Konditionen gestatten. Zusätzlich mussten sich die ehemaligen Kolonialländer auch verpflichten, die Rohstoffe nicht an andere Staaten zu veräußern.

Außerdem sicherte sich Frankreich durch den "Franc CFA" – den Franc für die "colonies françaises d'Afrique" – dauerhaften Einfluss auf die Wirtschaft der ehemaligen Kolonien. So werden deren Währungsreserven noch immer zu einem großen Teil in Frankreich aufbewahrt, und in den für den Franc CFA zuständigen Zentralbanken verfügt jeweils ein französischer Vertreter über ein Vetorecht. Da der Franc CFA – das Kürzel "CF" steht heute beschönigend für "communauté" oder "coopération financière" – an den Euro gebunden ist, ist den betreffenden afrikanischen Ländern zudem jede Möglichkeit, über Auf- und Abwertungen ihrer Währung die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen, genommen. Dies führt zu einer chronischen Überbewertung der Währung, was eine Verbilligung von Importen und eine Verteuerung von Exporten zur Folge hat, mithin den Aufbau einer einheimischen Industrie massiv erschwert und gleichzeitig, durch das chronische Außenhandelsdefizit, die Staatsschulden in die Höhe treibt. So wird auch auf diese Weise die Eigenständigkeit der Volkswirtschaften in den ehemaligen Kolonien untergraben.²

Das Ende der politischen Macht über die Kolonien entsprach damit letztlich nur einer Rückkehr zur Konzentration auf das ursprüngliche wirtschaftliche Kolonisierungsziel – nur dass die maßgeblichen Akteure dabei nun nicht mehr die früheren großen Handelskompanien, sondern transnationale Konzerne waren, deren Dominanz durch verfestigte Wirtschaftsstrukturen begünstigt wurde. Die Kontinuität der wirtschaftlichen Ausbeutung bei gleichzeitiger Abgabe der Verantwortung für die politische Entwicklung erwies sich langfristig sogar als ökonomisch vorteilhaft, da so die Mittel für die Entwicklung der örtlichen Infrastruktur entweder ganz gekappt oder auf das Niveau eines Entwicklungshilfe-Almosens gekürzt werden konnten. Auch unter ethischen Gesichtspunkten waren die neuen Strukturen für die ehemaligen Kolonialmächte von Vorteil, da sie dadurch nicht mehr direkt für Menschenrechtsverletzungen in den einst von ihnen beherrschten Gebieten verantwortlich gemacht werden konnten.

² Vgl. Moscovici, Benjamin: Der Westafrikanische Franc: [Frankreich und der unsichtbare Kolonialismus](#). Deutschlandfunk, 20.12.2018.

II. Kontinuität und Diskontinuität in den kolonialen Strukturen

Nun könnte man natürlich argumentieren, dass es sich bei den beschriebenen Entwicklungen um Nachwehen gehandelt hat, um eine Übergangsphase, die mittlerweile längst in eine Periode größerer Eigenständigkeit der einstigen Kolonien übergegangen ist. Auf ein Land wie Indien, das sich längst von der früheren britischen Kolonialmacht emanzipiert hat, trifft das sicher zu. In Einzelfällen hat sich das Verhältnis zwischen einstiger Kolonie und Kolonialmacht sogar fast schon umgedreht. So sind etwa Mosambik und Angola mit ihren boomenden Ökonomien und ihrem Rohstoffreichtum mittlerweile zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in Portugal geworden.³ Angola ist heute sogar ein so bedeutender "Player" in der portugiesischen Wirtschaft, dass der angolanische Präsident mit seiner Kritik an Korruptions- und Geldwäscheermittlungen, denen Vertreter seines Landes in Portugal ausgesetzt sind, die Entfernung der portugiesischen Generalstaatsanwältin aus ihrem Amt bewirken kann.⁴

Selbst in diesen Fällen darf man jedoch nicht übersehen, in wie starkem Maße die heutige Entwicklung der betreffenden Länder von den ehemaligen Kolonialmächten bestimmt ist. So hat die Teilung des britischen Kolonialreichs in einen muslimischen Teil (Pakistan) und einen überwiegend hinduistischen Teil (Indien) – mit den noch einmal zwischen beiden Ländern geteilten Provinzen Kaschmir und Punjab als ständigen Brandherden – in mehreren Kriegen und Grenzkonflikten zu unzähligen Toten geführt und schürt bis heute die Spannungen zwischen den Volksgruppen. Und die teilweise zu sagenhaftem Reichtum gelangte angolanische Elite entspricht ganz jenen an europäischen Gepflogenheiten orientierten Ausbeutungsstrukturen, wie sie Galtungs Brückenkopf-Theorie für die einstigen Kolonien diagnostiziert hat.

Damit bleiben die ehemaligen Kolonialstaaten selbst dort, wo sie sich weitgehend von den einstigen europäischen Herren emanzipiert haben, deren Produkt. Denn die meisten dieser Staaten würde es in der gegenwärtigen Form ohne den Kolonialisierungsprozess gar nicht geben. Es handelt sich dabei jeweils um zwangsvereinigte Gebiete, die durch die Sprache und teilweise auch die Kultur der einstigen Kolonisatoren zusammengehalten werden. Die meisten von ihnen sind Vielvölkerstaaten, in denen einzelne Völker die Hegemonie über andere Volksgruppen ausüben, was immer wieder blutige Konflikte provoziert. In anderen Fällen sind die ursprünglich ansässigen Völker vollständig enteignet und ihrer kulturellen Eigenständigkeit beraubt worden, so dass von der Unabhängigkeit der früheren Kolonie nur die eingewanderte europäische Elite profi-

³ Vgl. den [Marktreport Mosambik 2013](#) der deutsch-portugiesischen Industrie- und Handelskammer, S. 28 ff.

⁴ Vgl. [der standard.at](#), 20. Januar 2018; ferner: Lamant, Ludovic: ["Schmutziges Geld" aus Luanda](#): Lissabon verschließt die Augen; Mediapart Paris, 19. November 2013.

tiert hat. Die indigene Bevölkerung muss dann froh sein, wenn sie von dem gestohlenen Land ein paar Reservate-Brosamen zurückerhält oder über einen Assimilierungsprozess, also die Aufgabe der kulturellen Identität, am "Segen" der Unabhängigkeit partizipieren kann.

III. Formen des Neokolonialismus

Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren neue Arten der Kolonisierung herausgebildet haben. In vielen Fällen ist dabei die von fortgesetzter wirtschaftlicher Abhängigkeit gekennzeichnete Übergangsphase nach dem Ende der eigentlichen Kolonialzeit nahtlos in neuartige koloniale Strukturen übergegangen. Teilweise sind so auch völlig neue koloniale Abhängigkeiten entstanden. Die Formen, die die neuen kolonialen Verhältnisse annehmen, sind vielfältig. Einige davon sollen im Folgenden kurz umrissen werden:

1. Landgrabbing

Beim Landgrabbing werden größere Gebiete eines Landes durch international operierende Investorengruppen, multinationale Konzerne oder auch einzelne Staaten aufgekauft oder für einen längeren Zeitraum gepachtet. Ein solcher Handel kann schlicht der Bodenspekulation dienen, aber auch zur Sicherung des künftigen Lebensmittelbedarfs der eigenen Bevölkerung gedacht sein oder im Interesse der vollständigen Kontrolle über den Abbau einer wichtigen landwirtschaftlichen Ressource (wie etwa Kaffee) erfolgen.

Die Käufer argumentieren dabei oft, dass sie durch die Bearbeitung des Bodens Know-how ins Land brächten, von dem auch die einheimische Bevölkerung profitiere. Dieses Argument dient auch dem deutschen Entwicklungshilfeministerium als Legitimation für die Unterstützung privater Investoren, die in Landgrabbing involviert sind (vgl. den unten verlinkten FIAN-Bericht). De facto kommt es durch Landgrabbing allerdings regelmäßig zu Enteignungen, da die einheimischen Bauern oft nicht über formelle Besitztitel verfügen und/oder von den für das Geschäft verantwortlichen Stellen (in der Regel der eigenen Regierung) von ihrem Land vertrieben werden. Nicht nur kommt der Profit an dem aufgekauften bzw. gepachteten Land dann einseitig den ausländischen Investoren zugute. Die ehemals unabhängigen Bauern müssen oft auch als abhängig Beschäftigte, nicht selten unter sklavenähnlichen Bedingungen, auf den ehemals autonom von ihnen bewirtschafteten Feldern arbeiten, um nicht zu verhungern.

Links:

Enger, Michael: Deutscher Kaffeekonzern in [Uganda: Bauern vertrieben, Plantage läuft.](#) Deutschlandfunk Kultur, 8. Februar 2018.

FIAN Deutschland: Studie zu [Landgrabbing in Sambia](#): Deutsche Finanzinvestoren und Entwicklungshilfe beteiligen sich an der Jagd nach Land; 15. April 2014.

[Landgrabbing](#) als Themenschwerpunkt im Weltagrarbericht.

[Interview](#) mit Denis Mpazaze, Autor des Info-Films [Allianz der Zäune. Großflächige Agrarinvestitionen in Tansania.](#)

2. Sonderwirtschaftszonen

In Sonderwirtschaftszonen werden den sich ansiedelnden Firmen eine Reihe von Vergünstigungen eingeräumt. An erster Stelle stehen dabei Steuererleichterungen und erweiterte Handelsrechte, etwa durch die Aussetzung von Zollschränken. Es können jedoch auch sonst in dem Land geltende Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Ein Extrembeispiel ist Honduras, wo den betreffenden Unternehmen in den geplanten Sonderwirtschaftszonen faktisch eine Art exterritorialer Status eingeräumt wird, durch den sie weitgehend außerhalb der Gesetzgebung des Gastlandes agieren können.

Die beteiligten Regierungen versprechen sich von Sonderwirtschaftszonen eine Ankurbelung der Wirtschaft durch den Abbau von Investitions- und Handelshemmnissen. Allerdings dienen diese Zonen nicht selten lediglich der Bereicherung der einheimischen Eliten und führen, wie auch im Fall des Landgrabblings, zu Vertreibungen und einer umfassenden Entrechtung der ortsansässigen Bevölkerung.

Links:

Kerkow, Uwe: [Sonderwirtschaftszonen](#): Entwicklungsmotoren oder teure Auslaufmodelle der Globalisierung? DGB-Bildungswerk 2010.

Reischke, Martin: [Sonderwirtschaftszonen in Honduras](#): Die Neuerfindung der Bananenrepublik. Deutschlandfunk, 22. November 2017.

3. Freihandel

"Freihandel" ist ein wohlklingender Begriff. Er hört sich nach "Freiheit" und "schränkenlosem Handel", also nach einem von keiner unnötigen Bürokratie und keinen Zollschränken behinderten Warenverkehr zwischen den beteiligten Ländern an. Diese Vorteile bietet der Freihandel aber nur dort, wo er erstens

zwischen wirtschaftlich gleich starken Partnern erfolgt und wo er zweitens nicht im Interesse multinationaler Konzerne eingeführt wird, die sich davon eine Aufweichung ökologischer und sozialer Standards sowie bestimmter Rechtsstandards versprechen.

Im Verhältnis zwischen wirtschaftlich prosperierenden Staaten und Ländern, in denen zentrale ökonomische Strukturen erst noch entwickelt werden müssen, führt "Freihandel" aber nicht selten dazu, dass die reicheren Länder sich zusätzliche Absatzmärkte verschaffen, auf Kosten einer Entwicklung eigener Produktionsstrukturen in den belieferten Ländern. So verstärkt der Freihandel hier im Endeffekt nur deren Abhängigkeit von den reichersten Staaten und führt damit zur Zementierung alter kolonialer Strukturen. Dies gilt umso mehr, wenn – wie es in der Vergangenheit oft der Fall war – der erleichterte Zugang zu den Märkten in den ärmeren Ländern nicht mit einem entsprechenden Abbau von Zollschränken für den Export von deren landwirtschaftlichen Gütern in die reichersten Länder einhergeht.

Links:

Barbière, Cécile: [Umstrittenes EU-Freihandelsabkommen mit Afrika](#) in Kraft. Euractiv.fr, 11. Oktober 2016.

Binswanger, Mathias: [Vorsicht, Freihandel!](#) Zeit Online, 7. Februar 2017.

Pfaff, Isabel / Piper, Nikolaus: [Freihandelsabkommen: Ursache oder Lösung?](#) Süddeutsche Zeitung, 23. November 2016.

4. Entwicklungshilfe

Dieser Punkt erscheint zunächst widersinnig. Ist Entwicklungshilfe nicht gerade ein Mittel, um im Kolonialismus wurzelnden Strukturproblemen entgegenzuwirken? Bemühen sich die Industrieländer durch die Entwicklungshilfe nicht gerade um Wiedergutmachung?

Teilweise sind diese Einwände sicher berechtigt. Entwicklungshilfe ist natürlich nicht in jedem Fall etwas, wodurch koloniale Strukturen gefestigt oder neu geschaffen werden. Dadurch, dass die bestehenden Abhängigkeitsstrukturen im Kern nicht angetastet werden, können zuweilen jedoch auch solche Maßnahmen, die als entwicklungsfördernd gedacht sind, das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken. Ein Beispiel hierfür wurde bereits oben (unter dem Punkt 'Land-grabbing') aufgeführt.

Dieses strukturelle Dilemma wirkt sich auch sonst vielfach negativ auf die Entwicklungspolitik aus. Es macht sich etwa auch in der Politik der Weltbank bemerkbar, über die die Vereinten Nationen Entwicklungshilfeprojekte finanzieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die Weltbank ihren Statuten nach auf eine

Wirtschaftsideologie verpflichtet ist, die gezielt Privatisierungen fördert und an der Erzielung von Gewinnen ausgerichtet ist. Davon profitieren dann entweder multinationale Unternehmen, oder es kommt zu einer Konzentration ehemaligen Staatseigentums oder quasi hoheitlicher Aufgaben in den Händen lokaler Eliten.

In beiden Fällen werden fremdbestimmte, undemokratische Prozesse unterstützt, und es wird einer ungleichen Verteilung des Volksvermögens Vorschub geleistet. Auch spielen Menschenrechtsstandards bei der Projektvergabe durch die Weltbank eine untergeordnete Rolle. So sind in der Vergangenheit nicht selten Projekte gefördert worden, die soziale und ökologische Standards verletzen oder mit Zwangsumsiedlungen einhergehen. Die Kritik hieran hat zuletzt zu einer Überarbeitung der Richtlinien geführt. Nach Auffassung von Nichtregierungsorganisationen stellen diese in der Summe jedoch eher einen Rückschritt dar, da sie die Einhaltung von Menschenrechten weitgehend in das Belieben der Empfängerländer stellen.

Wie im Fall der Weltbank fußt auch die Arbeit des Internationalen Währungsfonds, der in letzter Zeit ebenfalls verstärkt Kredite an ärmere Länder vergibt, auf einer bestimmten Wirtschaftsideologie. Diese folgt dem Gedanken, dass nur eine strikte Währungsstabilität wirtschaftliche Prosperität generieren kann. Die strenge Austeritätspolitik hat regelmäßig zur Folge, dass dem langfristig erhofften Aufschwung das kurzfristige Wohlergehen der Menschen geopfert wird und etwa im Interesse der Stabilität Kürzungen im Sozialbereich sowie eine unternehmerfreundliche Lohn- und Arbeitsmarktpolitik gefordert werden. Von der Verbilligung der Arbeitskraft profitieren dann oft die großen, multinationale operierenden Konzerne – deren kurzfristige Investitionsbereitschaft jedoch rasch erlahmt, sobald die Löhne wieder anziehen.

Selbst ein Bereich der Entwicklungshilfepolitik, von dem man es am wenigsten erwarten würde, ist nicht frei von kolonialen Strukturen: die Gesundheitspolitik. Dies liegt daran, dass es mittlerweile etwa in der NATO fast schon als unmoralisch gilt, *nicht* Unsummen in Rüstungsgüter zu investieren (entsprechend dem ominösen Ziel, 2 Prozent des Bruttosozialprodukts für das Militär auszugeben), die Staaten sich dafür aber immer stärker aus der Finanzierung von Hilfsorganisationen zurückziehen. So wird der Etat der Weltgesundheitsorganisation mittlerweile zu einem großen Teil von großen privaten Stiftungen (wie insbesondere der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung) finanziert. Diese aber verfolgen eine eigene Agenda, die von den Interessen ihrer Geldgeber mindestens ebenso stark beeinflusst ist wie von denen der Bedürftigen.

So hat etwa die Bill- und Melinda-Gates-Stiftung ihr Geld zu einem großen Teil in Aktien gesundheitsschädlicher Softdrink- und Junkfood-Hersteller angelegt und fördert, ganz im Sinne der Pharmaindustrie, die großflächige Verteilung von Medikamenten, nicht aber strukturelle Veränderungen, die dem Ausbruch

von Krankheiten und Hungerkatastrophen vorbeugen könnten. Die strukturelle Abhängigkeit der Hilfeempfänger von den großen Geberländern und -organisationen wird so eher gefördert, als dass zu ihrer Überwindung und zum Aufbau autarker Strukturen in den betreffenden Ländern beigetragen würde.

Noch augenfälliger ist die Beeinflussung der Gesundheitspolitik durch die Interessen der Geldgeber im Fall des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, der 2002 auf Initiative der damaligen G8-Staaten ins Leben gerufen wurde. Um die Verteilung von Tabletten und Moskitonetzen (zur Eindämmung der Malaria) zu optimieren, hat der Fonds sich u.a. mit einer transnational operierenden Brauerei zusammengetan und deren Vertriebsnetz genutzt. Der Brauerei diente das natürlich zur Imagepflege und Absatzsteigerung, so dass Fortschritte im Kampf gegen die Seuchen hier teilweise mit der Förderung von Alkoholabhängigkeit erkauft wurden. Außerdem ist Alkohol ein entscheidender Faktor bei der Verbreitung der durch den Fonds zu bekämpfenden Infektionskrankheiten, da er enthemmend wirkt und die Disziplin bei der Einnahme der Medikamente schwächt. So ist die geleistete Hilfe oft nur vordergründiger Natur bzw. wird durch die Vermischung mit den Interessen globaler Konzerne konterkariert.

Links:

Informationsplattform humanrights.ch: [Neue Schutzstandards der Weltbank in der Kritik](#); 27. Oktober 2016; mit weiterführenden Links.

Kruchem, Thomas: [Weltgesundheitsorganisation am Bettelstab](#). Was gesund ist, bestimmt Bill Gates. Deutschlandfunk Kultur, 16. Mai 2017.

Ders.: Internationale Hilfsorganisationen: [Die düsteren Geschäfte privater Sponsoren](#) (Titel des Hörbeitrags: Schillernde Partner. Wie sich ein internationaler Gesundheitsfonds in Interessenkonflikte verstrickt). Deutschlandfunk Kultur, 11. Dezember 2018. [über den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria]

5. Globalisierung

Transnational operierende Konzerne verdanken ihre Entstehung nicht jenen Trend zu einer immer stärkeren Verflechtung der weltweiten ökonomischen Aktivitäten, den wir als "Globalisierung" bezeichnen. Bereits zuvor haben sie mit ihrer Marktmacht, mit ihrem Know-how und mit ihrer diskreten Kontaktpflege zu den örtlichen Machthabern dafür gesorgt, dass die Ausbeutung von Bodenschätzen und die Produktion der typischen "Kolonialwaren" auch nach dem Ende der eigentlichen Kolonialzeit in ihren Händen geblieben sind.

Die Globalisierung bietet allerdings auch diesen Unternehmen neue Möglichkeiten, indem sie es ihnen erleichtert, Produktion, Transport und Auslieferung

der Waren aufeinander abzustimmen. Weltweite Aktivitäten ermöglichen es zudem, Angebot und Nachfrage besser zu steuern bzw. für die eigene Gewinnoptimierung zu nutzen, indem etwa manche Produkte künstlich verknapppt werden oder umgekehrt der Markt mit ihnen geflutet und so die Preisbildung an den betreffenden Börsen beeinflusst wird. Die Leidtragenden sind auch hier die Kleinbauern vor Ort, die auf feste Abnahmepreise angewiesen sind und bei zu intensiven oder zu lange andauernden Preisschwankungen zum Aufgeben gezwungen werden.

Daneben erleichtert die Globalisierung natürlich auch die Ausbeutung von Arbeitskräften, indem das Lohnniveau in einem Land gegen das in einem anderen Staat ausgespielt werden kann. So werden über die Mechanismen der "freien" Marktwirtschaft die alten sklavenähnlichen Arbeitsverhältnisse zementiert oder neu installiert.

Links:

Downloads und Links (u.a. auch zu einem Info-Film) der Hilfsorganisation Oxfam zu [Nahrungsmittelspekulation](#).

Foodwatch: [Die Hungermacher im globalen Rohstoff-Kasino](#).

[Lebensmittelspekulation](#) als Themenschwerpunkt im Weltagrarbericht.

Lipowsky, Katharina: [Bananenanbau in Kamerun](#): Wachstum ohne Mehrwert. taz, 23. Januar 2017.

IV. Was tun?

Natürlich stellt sich nach solchen kritischen Betrachtungen immer die Frage, was die Einzelnen gegen die Kontinuität kolonialer Strukturen unternehmen können. Oft wird dann auf die Fairtrade-Bewegung verwiesen, die wenigstens ein Minimum an Anstand und Gerechtigkeit bei Herstellung und Handel mit den entsprechenden Produkten garantiert. Dies ist grundsätzlich auch nicht falsch. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass es mittlerweile zahlreiche unterschiedliche Fairtrade-Siegel gibt, die bei weitem nicht alle so streng sind wie die Gepa-Normen. Teilweise dienen die entsprechenden Label nur der Imagepflege der großen Lebensmittelkonzerne, die sich so einen sozialen Anstrich geben. In anderen Fällen stammt nur ein mehr oder weniger geringer Teil des verkauften Produkts aus fairem Handel. So wird das Streben nach einer grundlegenden Revolutionierung der Wirtschaftsverhältnisse, wie sie ursprünglich mit der Fairtrade-Idee intendiert war, immer mehr aufgeweicht.⁵

⁵ Vgl. Dittmers, Heike: [Schummel mit "fair" gehandelten Lebensmitteln](#); NDR, 7. März 2016.

Unabhängig davon verlagert die Aufforderung zum Fairtrade-Einkauf die Verantwortung aber auch einseitig auf die Konsumierenden. Diese haben allein jedoch gar nicht die Macht, die großen multinationalen Konzerne zu einer Abkehr von den kolonialen Strukturen zu drängen. Viele Menschen verfügen darüber hinaus auch nicht über die finanziellen Möglichkeiten, durchgehend Fairtrade- und Bio-Produkte zu kaufen, und greifen deshalb zu den billigeren "unfairen" Produkten. Deren Preisvorteil beruht aber nicht zuletzt darauf, dass sie in Massenproduktionsweise und unter den entsprechenden ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen hergestellt werden. So tut sich hier ein Teufelskreis auf: Die Fairtrade-Produkte sind auch deshalb teurer, weil sie nicht in großer Stückzahl hergestellt werden. Dies ist aber so lange nicht möglich, wie die Massenproduktion den multinationalen Konzernen konkurrenzlos günstige Preise garantiert.

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wären daher strengere Vorgaben, durch die "Fair Trade", in Verbindung mit strengen ökologischen Richtlinien, zu einem allgemein gültigen Standard für die Produktion erhoben würde. In der Tat ist es ja auch schwer einsehbar, warum Unternehmen, die sich auf eine "unfaire", unökologische Produktionsweise stützen, dafür auch noch mit höheren Gewinnen belohnt werden sollen.

In allen anderen genannten Fällen sind die einzelnen Konsumierenden ohnehin machtlos. Für den Freihandel müssten Normen eingeführt werden, durch die er sich durchgehend an den Geboten der Fairness gegenüber allen Handelspartnern und der strengen Einhaltung von Arbeits- und Umweltschutzrichtlinien zu orientieren hätte. Und Landgrabbing oder Sonderwirtschaftszonen, die Unternehmen durch eine Aufweichung ökologischer und arbeitsrechtlicher Bestimmungen Vorteile bieten, müssten schlicht weltweit geächtet werden. Letzten Endes bräuchten wir dafür einen kompletten wirtschaftskulturellen Paradigmenwechsel, ein Abrücken von der reinen Marktlogik und der Wachstumsideologie, durch die schwächere Ökonomien nie mehr als „Kanonenfutter“ für die Wirtschaftsmaschinerie der industrialisierten Länder sein werden.

Solange die industrialisierten Länder durch die beschriebenen Entwicklungen die Armut in vielen Weltregionen selbst befördern, braucht sich allerdings auch niemand zu wundern, wenn die Menschen von dort in die reicheren Regionen der Erde fliehen. Die derzeitige Praxis, ihnen durch immer rabiatere Formen der Grenzsicherung die Fluchtwege zu versperren, gleicht dem Verhalten eines psychopathischen Brandstifters, der nach dem Anzünden eines Hauses dessen Türen und Fenster von außen verriegelt.

© Dieter Hoffmann ([rotherbaron](#)); April 2019

Bild: Hella Njissen: Frauen in Gambia (Pixabay)